

09.04.2014

Erfolgreicher 26. LSVD-Verbandstag

Berliner Manifest / Neuer Bundesvorstand / Resolutionen und Vorträge

Am Wochenende tagte in Berlin der 26. LSVD-Verbandstag. Schwerpunkt des höchsten LSVD-Gremiums war die Diskussion des Berliner Manifests gegen Homophobie und Transphobie.

Eingeladen waren neben den Vertreterinnen und Vertreter der LSVD-Landes- und Ortsverbänden, die LSVD-Mitgliedsgruppen und die LSVD-Mitglieder. Zu den etwa 150 Teilnehmenden sprachen prominente und internationale Gäste. Die Veranstaltung eröffnete die Berliner Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen, **Dilek Kolat** (SPD).

Berliner Manifests gegen Homophobie und Transphobie

Zur Einführung gab LSVD-Bundesvorstand **Günter Dworek** einen Bericht zur aktuellen politischen Situation: „Die Lage ist ernst.“, stellte Dworek fest. Zwar sind Homophobie in Deutschland heute eine Minderheit. Aber sie haben angefangen, neu zu mobilisieren. Das [Berliner Manifest gegen Homophobie und Transphobie \[fileadmin/pics/Dokumente/Verbandstage/VT-2014/2014_Beschluss_Berliner_Manifest.pdf\]](#) warnt vor der Funktionalisierung durch nationale und fundamentalistische Ideologie: „Die Gegner von Freiheit und Gleichheit haben Antihomosexualität wieder als Mittel der Politik entdeckt. Haben sie früher oft versucht, Homosexualität durch einen eisernen Vorhang des Schweigens unter gesellschaftliche Quarantäne zu halten, reden sie heute unaufhörlich darüber.“ Weiter heißt es zur internationalen Menschenrechtssituation, Machthaber „schlagen verbal oder physisch auf Lesben, Schwule und Transmenschen ein, wollen damit aber auch die Freiheit aller treffen. Homophobe Machthaber wissen: Nicht die Homosexualität ist ansteckend, sondern der Wunsch nach Freiheit.“ Nach einer engagierten Diskussion verabschiedete der LSVD-Verbandstag das [Berliner Manifest gegen Homophobie und Transphobie einstimmig. \[http://www.lsvd-blog.de/?p=7303\]](#)

Wahl des LSVD-Bundesvorstands

Turnusgemäß standen beim 26. Verbandstag auch Wahlen zu einem Teil des Bundesvorstandes an. **Annette Hecker** und **Uta Kehr** mussten aus beruflichen Gründen auf eine erneute Kandidatur verzichten und wurden mit großem Bedauern und einem sehr herzlichen Dank für ihre Arbeit verabschiedet. Neu gewählt wurden die Profisportlerin und Degenfechterin **Imke Duplitzer** sowie **Henny Engels**, die Geschäftsführerin des Deutschen Frauenrats. Mit ebenfalls großer Mehrheit wurden **Axel Blumenthal**, **Manfred Bruns**, **Günter Dworek** und **Martin Pfarr** im Amt bestätigt. [Bericht und Foto \[http://www.lsvd-blog.de/?p=7269\]](#)

Christoph Strässer fordert mehr Engagement der Bundesregierung

Begeistert empfing der LSVD-Verbandstag den neuen Beauftragten für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe, **Christoph Strässer**. [Strässer zeigte das umfangreiche Engagement des Auswärtigen Amtes für die Menschenrechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender](#)

Bundespressestelle

Almstadtstr. 7
10119 Berlin

Tel.: 030 – 789 54 778
Fax: 030 – 789 54 779

E-Mail: presse@lsvd.de
Internet: www.lsvd.de

auf [\[http://www.lsvd-blog.de/?p=7213\]](http://www.lsvd-blog.de/?p=7213) . Mit großer Sorge betrachte man die Situation von Homosexuellen und Transgendern in den Ländern, wo eine staatliche Kriminalisierung zu einer Gefahr für Leib und Leben führen. Deckungsgleich mit der Position des LSVD sieht Strässer hier Kürzungen von Mitteln in der Entwicklungshilfe nicht unkritisch. Strässer äußerte sich aber auch zu dem aus seiner Sicht ungenügenden Engagement der Bundesregierung bei der innenpolitischen Gleichstellung: Was im Koalitionsvertrag der Bundesregierung zum Thema Gleichstellung steht, so Strässer „ist vollkommen unbefriedigend“. Und er machte deutlich: „Gerade in meiner Funktion kann ich mir nicht vorstellen, dass ich Gesetzen, die die volle Gleichstellung von Lesben und Schwulen fordern, nicht zustimme. Das können Sie später dann gerne nachprüfen, denn das werden ja sicherlich namentliche Abstimmungen sein“.

Die Bedeutung des EU-Parlaments für die Rechte von LGBT in Europa betonte **Bruno Selun** vom Sekretariat der LGBT-Intergroup. Das EU-Parlament sei eine treibende Kraft für die Rechte von Lesben und Schwulen. Alle Abstimmungen zeigten eine klare politische Aufteilung: Die Abgeordneten der europäischen Sozialdemokraten, der Grünen, Linken und Liberalen stimmten stets für die Rechte von Lesben und Schwulen. Eine überwiegende Anzahl von Abgeordneten der europäischen Konservativen und Christdemokraten, die bislang die größte Fraktion im Parlament, stellten sich regelmäßig dagegen. Die rechtspopulistischen EU-Gegner im Parlament lehnen Gleichstellung besonders massiv ab. Es sei deshalb elementar wichtig, dass sich die Bürgerinnen und Bürger aus Deutschland, der stimmmächtigsten Wählergruppe der EU, aktiv an den Wahlen beteiligen.

Der LSVD unterstützt das Anliegen mit einem Wahlaufufruf und der Resolution "[Für ein Europa gegen Homophobie, Transphobie und Diskriminierung – Die Europäische Union muss auch in Zukunft die Menschenrechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans- und Intersexuellen \(LSBTI\) schützen](http://www.lsvd-blog.de/?p=7263)" [<http://www.lsvd-blog.de/?p=7263>]

Die Resolution "[Katholische Kirche muss Worten auch Taten folgen lassen: Verantwortung übernehmen für die Menschenrechte und gegen Diskriminierung](http://www.lsvd-blog.de/?p=7285)" [<http://www.lsvd-blog.de/?p=7285>] " wendet sich an die deutschen Bischöfe und die römisch-katholische Kirche in Deutschland. Die Verantwortlichen werden aufgefordert, die Ausgrenzung von Homosexuellen und Transgender zu beenden, sich in der internationalen Arbeit gegen Verfolgung und Hass einzusetzen und die Diskriminierung im Arbeitsrecht zu unterlassen.

Ausführliche Berichte über den Verbandstag Teil 1 [<http://www.lsvd-blog.de/?p=7271>] und **Teil 2** [<http://www.lsvd-blog.de/?p=7276>]

Alle Berichte und Resolutionen auch auf der Webseite [[/verband/verbandstage/verbandstag-2014.html](#)] 26. LSVD-Verbandstag 2014 [[/verband/verbandstage/verbandstag-2014.html](#)]

Der Lesben-und Schwulenverband (LSVD) ist ein Bürgerrechtsverband und vertritt die Interessen und Belange von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen (LSBTI).

Pressemitteilung



Gleiche Rechte, Vielfalt und Respekt – wir wollen, dass LSBTI als selbstverständlicher Teil gesellschaftlicher Normalität akzeptiert und anerkannt werden.